

# Correspondent.

**Bezugspreis** vierteljährlich: Bei Zahlung von den Postämtern 1 M., monatlich 35 Pf.; durch den Nachleger und die Post bezogen 1,20 Mfr. durch den Verleger ins Quart 1,92 Mfr. Einzelnnummer 6 Pf.  
Erhöht vierteljährlich 6 mal wöchentlich 6 bis 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Festtagen; in den Nachbeträgen am Tage vorher ebenfalls 6 Uhr.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
3 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.  
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigengpreis** für die erste Zeile oder deren Raum 8 Pf., für jedes weitere 5 Pf., wobei die 15. Zeile 10 Pf. kostet. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annoncenstellen entgegengenommen.  
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet —  
Für unbenutzte Einzeilen wird keine Gutschrift überlassen.

Nr. 280.

Mittwoch den 29. November.

1905.

## Der Deutsche Städtetag und die Fleischnot.

Der Deutsche Städtetag ist am Montag vormittag 10 Uhr in Berlin zusammengetreten. Die Versammlung stellt die Verteilung familiärer deutschen Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern dar; es sind 152 Gemeinden mit etwa 13 600 000 Einwohnern. Die Tagesordnung war folgende: 1. Konstituierung des Deutschen Städtetages auf Grund des vom Vorstand vorgelegten Satzungsentwurfs; 2. Bildung des Bureaus; 3. Auslegung der §§ 2, 4 und 5 der Satzungen hinsichtlich der Gemeinverbände; 4. Wahl der Stadt, in der die Zentralstelle des Städtetages errichtet wird; 5. „Die Fleischversorgung der deutschen Städte und die Schädigung ihrer Bevölkerung durch die gegenwärtige Fleischsteuerung“. Referenten: a) Oberbürgermeister Körte-Königsberg, b) Syndikus der Handelskammer, Reichstagsabgeordneter und Stadtratsmitglied Dove-Berlin, c) Reichstagsabgeordneter Dr. Beck-München, d) Reichstagsabgeordneter Dr. Beck-München, e) Oberbürgermeister Kirchner.

Kurz nach 10 Uhr eröffnete der Oberbürgermeister von Berlin Kirchner die Versammlung. Er führte in der Eröffnungssprache aus: Der Deutsche Städtetag tritt als ständige Einrichtung heute zum ersten Male zusammen. Wir begrüßen die Vertreter der Städte aus allen Bundesstaaten und aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes. Es ist das ein Beweis dafür, daß der Geist der Einheit in den deutschen Städten fest ist und gepflegt wird. Ein neues Band umschließt nunmehr die deutschen Städte. In das Hoch auf den Kaiser stimmt die Versammlung fest ein.

Oberbürgermeister Kirchner teilte dann mit, daß von den Städten mit 25 000 Einwohnern 44 den Beitritt erklärt, von 3 Städten steht die Erklärung noch aus und von nur drei Städten ist eine Abgabe erfolgt. Außerdem haben 7 Städte bereits ihren Beitritt erklärt. Alle diese Zusagen sind erfolgt auf Grund der vom Vorstand entworfenen Statuten. Damit ist der Städtetag als ständige Einrichtung konstituiert. (Bravo.)

Es folgte die Konstituierung des Bureaus. Der Vorstand schlägt vor, außer Oberbürgermeister Kirchner als bisherigen Vorsitzenden zur Leitung der Verhandlungen zu berufen die Herren Oberbürgermeister Barth-Strasburg, Grelley-Beutler-Dresden, v. Schub-Nürnberg und Gauß-Stuttgart. (Zustimmung.) Das Schriftführeramt hat Herr Stadtrat Kamelau-Berlin übernommen.

Hierauf befaßte sich der Städtetag sofort mit der Frage der Fleischsteuerung. Die Leitsätze, die von den Referenten unterbreitet wurden, haben folgenden Wortlaut:

1. Es besteht zur Zeit in Deutschland eine ganz außerordentliche Höhe der Fleischpreise, insbesondere der Schweinefleischpreise, an deren abschätzbarer Beseitigung das Volk, insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung der Städte, ein dringendes Interesse hat. 2. Die Ursache solcher Steuerungen ist darin zu erblicken, daß die inländische Viehproduktion dem starken Nachschub der Bevölkerung gegenüber, nicht stetig imstande ist, den inländischen Bedarf an Fleischversorgung zu decken, insbesondere nicht nach den erfordernismäßig sich wiederholenden Mängeln in Futtermitteln. Die Behauptung, daß der Zwischenhandel die Veranlassung für die derzeitige Fleischsteuerung abgibt, kann als zureichend nicht anerkannt werden. 3. Zur Deckung des einheimischen Fleischbedarfs ist deshalb der Nachschub auf die Vieh- und Fleischbestände des Auslandes unter voller Wahrung des Zöllenvertrages für die einheimischen Viehbestände geboten. Die bestehenden Einfuhrverbote und Erleichterungen übertritten zum Teil das durch die Behauptung in veterinären und sanitären Interesse vorgesehene Maß und führen dazu, die Einfuhr, auch wo sie zugelassen ist, unrentabel zu machen. 4. Von den vorgelegten Abhilfsmitteln kann die unmittelbare Verlagerung der Bevölkerung mit Fleisch durch die städtischen Verwaltungen als geeignetes Mittel zur wirksamen dauernden Verringerung der Fleischsteuerung nicht angesehen werden. 5. Dagegen erachtet der Deutsche Städtetag als geeignetes Mittel gegen die Fleischsteuerung die möglichst ungehinderte Einfuhr lebenden Viehs aus dem Auslande — unter voller Wahrung aller veterinärpolizeilich notwendigen Schutzmaßnahmen — zur Abblutung in öffentlichen Schlachthäusern. Die Einfuhr abgeschlachteten Fleisches aus dem Auslande unter Befreiung aller sanitär nicht unbedingten gebotenen Fleischver-

ordnungen. Die Einfuhr ausländischen Büchsenfleisches und sonstiger Fleischwaren, die Ermäßigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel in Zeiten bestehender Futtermittelnot. 6. Der Deutsche Städtetag erklärt, daß die Behandlung der Fleischsteuerungsfrage durch die maßgebenden Instanzen des Reiches und einzelner Bundesstaaten die berechtigten Interessen der städtischen Bevölkerung schwer schädigt.

Die Referenten über die Fleischsteuerungsfrage waren der Syndikus der Berliner Handelskammer, Abg. Dove, Oberbürgermeister Körte-Königsberg und Magistratsrat Beck-München.

Zunächst nahm Syndikus Dove das Wort, um die obigen Leitsätze zu begründen. Er hob hervor, daß die Angelegenheit durchaus nicht lediglich eine Frage der Produktion sei, sondern auch die wichtigsten Konsumtionsinteressen berühre und insbesondere die industrielle Produktion beeinflusse, da eine Unterernährung der in der Industrie beschäftigten Bevölkerungsschichten aus der Herabsetzung der Leistung in der Gütererzeugung und gleichzeitig zu Lohn-erhöhungen führe, welche die Produktion verzerren. Das falle um so schwerer ins Gewicht, da die Industrialisierung Deutschlands in den letzten Jahren weitere Fortschritte gemacht habe. Der Städtetag, der aus allen Teilen Deutschlands befehligt sei, sei hervorragend geeignet, ein zureichendes Bild der wahren Sachlage zu geben. Die amtlichen Erhebungen dürften nicht die einzige Erkenntnisquelle bilden, zumal da vom preussischen Landwirtschaftsminister, dem diese Erhebungen obliegen, wiederholt Prophezeiungen über das baldige Ende des Viehstandes ausgesprochen seien, die sich als falsch erwiesen hätten. Allgemein anerkannt sei die sich seit einer großen Reihe von Jahren fast ununterbrochen vollziehende Steigerung familiärer Viehpreise und anderer Nahrungsmittel. Die Vorwürfe, die gegen den Zwischenhandel erhoben worden seien, hätten sich trotz sorgfältiger Nachforschung bis jetzt noch nicht beweisen lassen, ebenso wie die Behauptung von den Ringbildungen der Händler. Gerade die Fleischer und Händler litten unter der derzeitigen Teuerung im Lande. Auch das Land sei vertheuert durch die Schlachtabgaben usw. fasthüchlich sei unrichtig, diese „Verteuerung“ betrage durchschnittlich nur einen Pfennig auf 4 Pfund. Weiter erörtere Abg. Dove das Verhältnis zwischen Zunahme des Schlachtwiehes und Bevölkerung. Die Schweineproduktion habe sich um 2,2 Proz., die Bevölkerung um 5 Proz. vermehrt. Der Referent zeigt weiterhin an der Hand der bestehenden Erzeugung, daß selbst in ihr die Seuchenfreiheit Deutschlands und die Verfeinerung Deutschlands feinerweise vorgelegt sei. Halte man dazu das Verbot der Einfuhr von Büchsenfleisch usw., so könne man sich dem Einbruch nicht entziehen, daß andere Gesichtspunkte für die Schließung der Grenzen maßgebend sind, als die sanitären, das man aus anderen Gründen das Ventil nicht öffnen will, durch das allein eine Besserung zustehen könne. Der Redner bräukte dann auch die Frage der angeblich hohen Auslandspreise und schloß mit der Bitte um einstimmige Annahme der vorgelegten Leitsätze. Auf einem Städtetag war es, wo ein Mal v. Fortleben die Städte aufrief gegen die Verenerungspolitik. In seinem Sinne müssen wir hier erklären, daß, wenn wir die Interessen der städtischen Bevölkerung wahrnehmen, wir gleichzeitig die des ganzen Landes vertreten. Wenn wir auch im Augenblicke — infolge der Wahlkreis-einteilung wie aus anderen Gründen — wenig Aussicht auf Sieg haben: wir werden den Kampf fortsetzen, bis unseren gerechten Interessen Gerechtigkeit widerfährt. Einigkeit macht stark. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Sodann sprach als zweiter Referent in gleichem Sinne Oberbürgermeister Körte-Königsberg i. Pr. über die Fleischversorgung der deutschen Städte und die Schädigung ihrer Bevölkerung durch die gegenwärtige Fleischsteuerung. Zum Schluß beflagte Redner die verfehlte Haltung der Regierung; gegen deren Politik müsse die städtische Bevölkerung energisch Protest erheben. Unter förmlichem Beifall erklärte er: „Wir verlangen keine Politik uns zu Vieh-

müssen uns aber wehren gegen eine Politik uns zu Vieh.“

Der dritte Referent Magistratsrat Dr. Beck-München schilderte eingehend die fälschlichen Verhältnisse und deren Rückwirkung auf Norddeutschland. Händler und Schlächter seien an der Fleischnot nicht schuld; sie könnten auch für einen Vorwand, der bereits seit Monaten anhält, vernünftiger Weise nicht verantwortlich gemacht werden. So verschieden die Verhältnisse im Vieh sein bezüglich der Vermittlung des Vieheinkaufs, der Organisation der Schlächter, Schlachthöfe usw., so übereinstimmend sei die gleiche Not im ganzen Lande. Das erbringe den deutlichen Beweis dafür, daß das Vieh nicht an den Zwischenstellen zu suchen sei, sondern an der Wurzel der Fleischversorgung, nämlich in der ungenügenden Viehproduktion. Zur Verminderung an Schlachtwiech durch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse tritt noch die erhöhte Nachfrage infolge besserer Lebenshaltung der Bevölkerungszunahme gegenüber.

Wenn man anerkennt werden, daß die deutsche Landwirtschaft behindert ist, die Schlachtabgabenproduktion nach bester Möglichkeit zu heben, man müsse es aber nach Lage der Dinge als ein Wunder bezeichnen, wenn sie den Anforderungen nachkommen könnte. Da wir aber nicht in einer Zeit der Wunder leben, so müssen wir die Wahrheit allseitig erkennen und wahre Heilmittel anwenden. Der neue Zolltarif sorgt dafür, daß Deutschland nicht mit fremdem Schlachtwiech überschwemmt wird. Ein Ausgleich zwischen den Interessen der produzierenden und konsumierenden Bevölkerung ist also durchaus möglich. Die jetzige Gefahr einer Unterernährung des Volkes muß auf die Dauer jeder erkennen. Möchten sich also die verbündeten Regierungen zurecht in ihren Entschlüssen mehr von solchen Erwägungen leiten lassen. (Anhaltender Beifall.)

Der vier. Diskussionsredner war Oberbürgermeister Wadewitz. Er erklärte gegen die vorgelegene Resolution. Die Öffnung der Grenze sei nach jeder Hinsicht das ungeeignete Mittel zur Abhilfe. Das normale sei, wenn das Land sein Viehvieh selbst produziere. (Große Heiterkeit.) Man müsse die inländische Viehproduktion möglichst steigern. Die Konsumtionen hätten kein Interesse daran, das Vieh vom Auslande zu beziehen. Eine solche Kompensation entpöche nicht der Würde des Städtetages. (Präsident Oberbürgermeister Kirchner unterbricht den Redner. Es sei nicht diese Sache, die Würde des Städtetages zu wahren.) (Stimmliche Zustimmung.) Wadewitz (fortsetzend): Diese Resolution wird auch keinen anderen Erfolg haben, als die vielen anderen Resolutionen aus dem Reich. Er wolle dem Städtetag nicht die Berechtigung freisetzen, formal eine solche Resolution zu fassen. (Große Heiterkeit.) Der Staat habe nicht nur auf den Weltmarkt, sondern auch auf die Gesundheit des Volkes zu achten. Es handle sich hier darum, gegen unsere groß angelegte Handelsvertragspolitik, gegen dieses mühevoll beschaffte Vieh zu legen. (Stimmliche Unterbrechung.) Was würde man dazu sagen, wenn die Landgemeinden und Gutsbezirke mit den Kandidaten an der Spitze einen Viehverbund zum Kampfe für ihre agrarisch-konkurrenzinteressen gründeten? (Zuruf: Haben sie schon Angst! Schlachtwiech.) Die Städte hätten doch nicht alle Interessen; sie können doch nicht eine unterirdische Bande herstellen. Man hat aber einmal den Stadtratsverwaltungen die Fiktion suggeriert, daß Städteverbände und reichliche Partei zusammenfassend, sich gleichsam in einem gebundenen Schritt treffen. Diese Fiktion muß zerfallen werden, wie mange andere Legende. (Lebhafter Beifall.) Es trete für alle Mittel ein, die die Viehproduktion im Lande verfehlen können, wie Herabsetzung der Eisenbahntarife und Regelung des Auftriebes durch die Städte, eine Maßregel, die das nützliche und notwendige Viehgeschändewerk gar nicht schädigen kann. Wie Afrika, Amerika und England möchten eine wirtschaftliches Einheitsgebiet werden, indem wir die Grenzen weiten heben. Die Fleischnot wird den Ozeanen einer mitteleuropäischen Postunion fördern. „Nach außen begrenzt, nach innen unbegrenzt.“ Fortleben, auf den man sich berufe, habe dem Vaterland gegenüber eine beargwöhnende Stellung eingenommen, daß kein Anhänger des monarchischen Systems eine Gemeinshaft mit ihm haben sollte. (Stimmliche Heiterkeit.) Der Redner schloß unter ironischen Bravouren: Lassen Sie sich nicht misbrauchen zu Schrittmoden einzelner kapitalistischer Interessen.

Stadtratsverwalter und Landtagsabgeordneter Justizrat Gassel-Berlin: Ich war nicht darauf gefaßt, hier solche Ausführungen wie die des Vorredners zu hören. Um so stärker empfinde ich die Notwendigkeit, ihm entgegenzutreten. Ich anerkenne seine Offenheit, aber die Art, wie er Redner, die das gleiche Recht haben, auf dem Städtetag ihre Ansichten zu vertreten wie er,

einfeltig entgegengerichtet, konnte die Würde des Städtetages nicht erhöhen und war nur möglich auf dem Hintergrunde einer bestimmten politischen Partei. (Lebhaft Zustimmung.) Einige Zeit lang hatte ich die Illusion, nicht nur räumlich, sondern auch tatsächlich im preussischen Abgeordnetenbau zu sein und eine Rede von der Seite zu hören, auf der jetzt der Vordredner sitzt. Ihm wird so der Landwirtschaftsminister das Kompliment nicht vorenthalten, vollkommen objektiv die Frage geprüft zu haben. Gegen die vom Vordredner geforderte Verbilligung der Tarife wird niemand etwas einzuwenden haben. Vielleicht kann er bei seinen Beziehungen zu mächtigen Stellen die Verwirklichung dieser Idee nun auch herbeiführen.

### Bedenkliche Zeichen

Es kann kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß die Volksschule und die Lehrer in Preußen von dem Volksschulunterrichtungs-Gesetz nichts Gutes zu erwarten haben werden. Wenn der „Geist“, der in der diesjährigen kirchlichen Herbstkonferenz der Neumark, auf der Konfessionium wie Regierung regelmäßig vertreten sind, geberstet hat, die Unterrichtsverwaltung auch bei der legislativen Überlegung dieses Kompromisses geleitet hat, so muß man sich auf das Schlimmste gefaßt machen. Auf dieser Konferenz herrschte nämlich eine geradezu fanatische Lehrerfeindschaft, die eine geradezu fanatische Lehrerfeindschaft, die eine geradezu fanatische Lehrerfeindschaft ist, sie wurde von höheren Beamten der Unterrichtsverwaltung direkt geschürt. Zu behaupten, daß das preussische Volksschulwesen hochverdienten Erregten Kugler würde sich eine solche gefährliche Gesinnung hervorragender Beamter der Unterrichtsverwaltung gegen die Volksschullehrer wohl kaum so unverhüllt an die Öffentlichkeit gewagt haben. Den Ausgangspunkt dieser Polemik gegen die Lehrer bildete die Frage des Religionsunterrichts in der Volksschule. Der Referent Regierungsverwaltung und Schulrat Meinke bezeichnete nach einem Bericht der „Preussischen Schulztg.“ an der Hand des Werkes Kantans und Heyn den Geist der modernen Theologie im Religionsunterricht, wie er bereits in der pädagogischen Literatur zum Ausdruck gekommen sei. Die Gefahr bestete darin, daß das freisinnige und methodisch vorzüglich durchgeführte Werk einen Einfluß auf die Lehrer nicht verfehlen könne. Auswüchse, wie sie die Bremische Lehrerschaft zeige, ständen bis jetzt glücklicherweise nur vereinzelt da. Aber immerhin würde die Gefahr nicht unterschätzt werden. Gegen die Ausbreitung dieses Geistes werde die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen. In der Debatte erklärte der Geh. Regierungsverwaltung und Schulrat Schumann, die Gefahr sei größer als der Referent annehme. Geplagt wurde dieser moderne Geist von der Lehrerschaft; denn es gäbe wohl kein Lehrverhältnis, in dem die freisinnigen Lehrergewinnungen auf dem Tisch fehlten. Daß der Religionsunterricht von solchen Lehrern nicht in der rechten Weise erteilt werden könne, sei selbstverständlich. (1) Einmal über einen Lehrer um Auskunft gebeten, habe er ihm das Zeugnis ausgestellt: „Er ist ein guter Handwerksmeister“. Auf die Frage: „Wieso?“ antwortete er: „Nun, er macht lauter Blech; selbst wenn er Gold verarbeitet, würde es unter seinem Hammer doch Blech werden.“ „Meine Herren“, wandte er sich an die Geistlichen, „nicht als Lokal-Schulinspektoren, sondern gerade als Geistliche steht Ihnen das Recht zu, über den Religionsunterricht zu wachen. Merken Sie, daß nicht in dem rechten Geiste gearbeitet wird, dann wissen Sie ja, was Sie zu tun haben. Wir werden dann schon für Abhilfe sorgen.“ Wenn dieser Geist bürokratischer Unduldsamkeit nach dem Tode Kuglers unter den Beamten der Unterrichtsverwaltung in Preußen etwa der vorherrschende geworden sein sollte, so wäre das im Interesse der preussischen Volksschule und der preussischen Lehrerschaft auf das Tiefste zu beklagen.

### Zur Fleischnot.

Zur Beurteilung der gegenwärtigen Fleischsteuerung haben die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin dem Reichskanzler unter dem 17. November eine umfangreiche Eingabe überreicht. Als wahren Grund der Fleischnot betrachten die Aeltesten durch die Minderproduktion der heimischen Landwirtschaft infolge der vorjährigen Futtermittel und durch die mannigfachen Beschränkungen, denen die Einfuhr von Vieh, Fleisch und Fleischwaren unterliegt. Die Eingabe weist auf die dringende Notwendigkeit hin, durch Zoll-erleichterung und in Notstands Jahren durch Zoll-erleichterung für Futtermittel die Landwirtschaft in die Möglichkeit zu versetzen, stets Vieh in ausreichenden Mengen zu produzieren, um so die deutsche Fleischversorgung von der absoluten Abhängigkeit von der deutschen Futtermittel zu befreien, weil sonst ein periodisches Wiederkehren des heurigen Notstandes un-

ausbleiblich ist. Weiter fordert die Eingabe zur Milderung eines dennoch nicht immer vermeidlichen Mangels an inländischem Fleisch die Zulassung und Erleichterung des Imports von Vieh, Fleisch und Fleischwaren, soweit er für die Gesundheit der deutschen Konsumenten und des deutschen Viehstandes ungefährlich ist, und verwendet sich insbesondere für die Zulassung des überseeischen Wachsenfleisches, dessen Ungefährlichkeit durch seine Verwendung seitens der Marineverwaltung und des Oberkommandos der Schutztruppe bewiesen wird, für die Erleichterung des Handels mit amerikanischem Speck und für die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh aus unseren Nachbarländern. Eine dauernde Abhilfe der Fleischnot kann jedoch nach der Ansicht der Aeltesten der Kaufmannschaft nur erzielt werden, wenn die Zölle für Vieh und Futtermittel nicht, wie dies für den 1. März 1906 in Aussicht genommen ist, erhöht, sondern gegenüber den jetzigen Sätzen ermäßigt werden.

Die Verhandlungen der Viehzentrale mit den Städten, die am Freitag unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten in Köln stattfand, sind resultatlos verlaufen. — Das war zu erwarten, denn abgesehen von dem großen Risiko müssen die Kommunalverwaltungen es ablehnen, zur Vermeidung des Zwischenhandels und des Schlächtergewerbes die Hand zu bieten.

Um die im Oberbayerischen herrschende Fleischnot zu mildern, läßt die oberbayerische Staatsfleischverwaltung von jetzt ab zunächst allwöchentlich einen Sonderzug mit Hädnern von der holländischen Grenze nach der Landes-hauptstadt verkehren.

Die Frage der Fleischsteuerung hat die Brandenburgische Handelskammer in ihrer letzten Sitzung beschäftigt. Nach eingehender Darlegung des Notstandes und der Mittel zur Abhilfe wurde beschlossen, nachstehende Erklärung dem Reichskanzler und Handelsminister zu unterbreiten: „In Kenntnis der schweren Nachteile, mit denen die andauernde Teuerung aller Arten von Fleisch die minderbemittelten Schichten des Volkes, namentlich aber die industrielle Arbeiterschaft und damit die Leistungsfähigkeit unserer Industrie bedroht, hält sich die Handelskammer zu Brandenburg a. H., wie eine große Reihe anderer Handelskammern und händischer Vertretungen vor ihr für verpflichtet, die königliche Staatsregierung zu bitten, schleunigst und jedenfalls bevor die herrschende Teuerung durch das Inkrafttreten des neuen Zolltarifs die sicher zu erwartende, empfindliche Verschärfung erfährt, wirksame Maßnahmen zur Behebung der Milderung des Notstandes zu treffen. Als geeignete Maßnahmen können wir nur ansehen die Aufhebung der Einfuhrverbote für lebendes Vieh, geschlachtetes und bearbeitetes Fleisch sowie aller Vorschriften, die nicht lediglich den Zweck haben, ungesundes Fleisch von unseren Grenzen fernzuhalten. Auch müßte eine Herabsetzung der entsprechenden Zölle für den 1. März n. J. ins Auge gefaßt werden.“

### Zur Lage in Russland.

Nachrichten über eine Truppenrevolte in Wladivostok schloßen sich würdig den nachstehenden Meldungen an. Die „Petersb. Telegraphen-Agent.“ berichtet am Montag: Unter den aus Japan zurückgekehrten Soldaten macht sich zu nehmende Gärung bemerkbar. Sie sind unzufrieden, weil sich bei der großen Menge ihr Rücktransport in die Heimat verzögert; es treffen immer neue Transporte von Kriegsgefangenen aus Japan ein. Am Sonntag weigerte sich ein Soldat aus Port Arthur demonstrativ einen Offizier zu grüßen und überschüttete ihn mit Schimpfreden. Der Offizier stach hierauf den Soldaten nieder. Um ihren Kameraden zu rächen, versuchten die Soldaten das Offizierskassino anzuzünden, in dem sich 4 Offiziere befanden, die von ihren Revolvern Gebrauch machten. 3 Offiziere wurden getötet, einer verwundet. Die Zahl der verletzten Soldaten ist nicht bekannt. Kosaken stellten die Ruhe wieder her. Von den aufreißerischen Soldaten wurden 47 Mann verhaftet, unter ihnen 7 Rädelstroläher.

Die russischen Marinetruppen sind bald hier, bald da in voller Rebellion. Die „Potemkin“-Affäre vom Sommer ist noch nicht vergessen, in Kronstadt und Wladivostok hat es Mord und Totschlag gegeben, und nun kommt der Kriegsschiffen Kommando an Schwarzen Meer hinzu. Wie Dinge sind dort, wie schon in vor. Nr. berichtet, seit Sonnabend vorgegangen.

Augenscheinlich herrscht noch das Bestreben vor, den ersten Charakter der Revolte unmisslich zu verschleiern. Untern 26. Nov. meldet jedoch die „Kowoje Brestka“ aus Sebastopol: Auf der Versammlung in den Marinekasernen waren Deputierte vom Panzerschiff „Panteleimon“ (früher „Potemkin“) und vom Kreuzer „Dschafow“ anwesend; andere auf der Kleebe liegende Kriegsschiffe ließen die von den Meuteren

signalisierte Aufforderung, sich anzuschließen, unbeantwortet. Das Regiment Brest sagte sich von den Meuteren los und marschierte nach dem Lager, wo alle neuen Truppenteile zusammengezogen sind. Die militärische Obrigkeit verhält sich abwartend. Die Bevölkerung wachet, dem Blatte „Aus“ wird gemeldet, daß die Meuteren den Befehlsgewaltigen Meutereien und den General Edeleimov verhafteten, beide aber wieder freiließen. Die Kommandeure und andere Offiziere der Kriegsschiffe wurden festgenommen. Die Artillerie schloß sich der revolutionären Bewegung an. Aus Simferopol traf ein litauisches Regiment in Djeffa ein; auch aus Pawlograd sind Truppen ausgerückt. Admiral Tschulinin übergab das Kommando an den Korpskommandeur General Mäler-Safomeloff. Eine Cappelcompagnie ist zu den Meuteren übergegangen; sie haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt. Am Abend ließen alle Schiffe durch Abordnungen den Meutereern ihre Sympathie erklären. Die Schienen sind bis Infermann aufgeföhren.

Die Petersburger Blätter werden wohl besser unterrichtet sein, als die offiziöse Telegraphen-Agentur. Seit die Zensur aufgehoben ist oder von der Presse nicht mehr respektiert wird, ist es bedeutend besser bestellt um das Nachrichtenmaterial aus Russland. Wenn die „Petersb. Telegraphen-Agent.“ meldet, die Rube schein in Sebastopol am Sonntag wiedergekehrt zu sein, so weiß man jetzt, was von solcher Verunglückung zu halten ist. Als Pendant zu den Nachrichten aus Sebastopol fügen wir noch hinzu, daß auf Veranlassung des russischen Marineministers, Vice-Admirals Birulin, die gesamte Kapsische Marine entwaßnet und die Waffen nebst Fahne und Gelddasten dem in Wladivostok garnisonierenden Saljaner Regiment anvertraut worden sind. Diese Maßnahmen wurden infolge der vor einigen Tagen in jener Gegend stattgefundenen Revolten der Matrosen, wobei mehrere Personen getötet wurden, herbeigeföhrt.

Ein Uraß des Jaren verfügt, daß das Amt des Generalgouverneurs von Petersburg, und des mit der Leitung der Polizei betrauten Stellens des Ministers des Innern zünftig in Wegfall kommen soll. — Der Staatsanwalt des Appellationsgerichtshofes in Petersburg Wulfsch ist zum Direktor des Polizeidepartements ernannt worden.

Der Kongress der Semimos und Städte in Moskau beschloß am Sonnabend mit 156 gegen 12 Stimmen, bei zwei Stimmenthalten, die En bloc Annahme der ganzen vom Bureau des Kongresses vorgeschlagenen Resolution. Der Semimoskongress hat ferner mit 86 gegen 57 Stimmen beschlossen, zu dem Grafen Witte eine Abordnung zu entsenden, die ihm die Resolution des Kongresses überreichen, nähere Aufklärungen dazu geben und die Regierung bitten soll, daß die in der Resolution enthaltenen Forderungen verwirklicht werden. Im Laufe der Verhandlung wurde noch beschlossen, Witte das Vertrauen, Durnow ein Minister des Innern aber, der in der alten bürokratischen Politik fortbarte, das volle Mißtrauen des Kongresses auszudrücken und die sofortige Abberufung Durnow's zu verlangen. Mehrere Mitglieder des Kongresses brachten einen Antrag gegen die Resolution ein und beantragten in Anbetracht der herrschenden Erregung von den der Regierung zu unterbreitenden Forderungen abzusehen, Witte das Vertrauen des Kongresses auszudrücken und die Fragen der Wahlen und der Autonomie für Polen bis zur Einberufung der Duma zurückzustellen. Vor Schluß des Semimos-Kongresses nahm dieser einstimmig eine Resolution an, in welcher Ausnahmen verlangt werden zur Verhinderung der Wiederkehr der Judenbegegnen, durch die nach Veröffentlichung des Manifestes vom 30. Oktober gegen 60 von Juden benutzte Orte beimgesucht und die teilweise von den Verwaltungsbehörden organisiert worden seien, sowie zur Ausrottung der Begriffe von der Rechtslosigkeit der Juden. Die Gleichberechtigung der Juden erheische jetzt als eine Maßnahme der praktischen Politik; die Aufhebung aller beschränkenden Gesetze, Vorschriften und Erlasse sei unausführbar.

Das Geschwäg von einer bewaffneten Intervention Deutschlands in Rußsich-Polen beruht, wie aus Berichten über die letzten Verhandlungen des Semimoskongresses hervorgeht, auf Neugierungen eines hohen russischen Beamten, des Generalgouverneurs von Warschau, Estalon, die dieser phantastische Herr einer polnischen Abordnung gegenüber in den letzten kritischen Warschauer Tagen getan hat. Hat dieser Herr wirklich das gesagt, was von ihm berichtet wird, so muß er schleunigst von seinem exponierten Posten entfernt werden, den er so schlecht verwaltet. Die deutsche Regierung wird hoffentlich, daß sie ihrem Ansehen in der ganzen Welt schuldig, nicht gezeigert haben, in Petersburg Aufklärung über diesen „Ball Estalon“ zu verlangen, und wir werden hoffentlich bald von entsprechenden Schritten unseres leitenden Staatsmanns hören.

# Photographie Sud. Fendt, Merseburg, Gotthardsstr. 25.

Porträts-, Gruppen- und Kinderaufnahmen, Vergrößerungen.  
Geöffnet bis 8 Uhr abends, bei einbrechender Dunkelheit Aufnahmen mittels elektrischer Beleuchtung.



Noch eins Marie.  
VERGESSEN SIE JA NICHT  
**Milka** Margarine  
MITZUBRINGEN - SIE IST  
der beste Butter-Ersatz

Verkaufsstellen:

- |   |                                     |
|---|-------------------------------------|
| <b>Franz Mohr</b> , Volkstr. 10, Merseburg. | <b>Franz Kruseel</b> , Grunpa.      |
| <b>Franz Schröder</b> , Kaptenstr.          | <b>Herrn. Ködel</b> , Völkendorf.   |
| <b>Otto Hobe</b> , Milkan.                  | <b>Alfred Garbe</b> , Ebergau.      |
| <b>Paul Niederhausen</b> , Krieglieb.       | <b>Herrn. Messelbarth</b> , Jöhden. |
| <b>Rich. Walter</b> , Landwehrstr.          | <b>Herrn. Härtel</b> , Döfau.       |
| <b>Emil Franke</b> , Blüten.                | <b>Conrad Rausch</b> , Gropen.      |
| <b>Paul Jange</b> , Granitzstr.             | <b>Franz Köck</b> , Dölg. a. B.     |
| <b>Carl Ohme</b> , Grotz-Kanna.             | <b>R. Dietrich</b> , Hundorf.       |
| <b>Carl Möritz</b> , Raundorf.              | <b>Fried. Rensch</b> , Hofbach.     |
| <b>Alb. Ludwig</b> , Reunart.               |                                     |

Niederlage bei **A. Speiser, Merseburg, Breitelstraße 7.**

**Damen**  
Parkebad. Dampf- u. Warmbad.  
Leuchtstr. 4.  
Leichte russ.-röm. Bäder (Dampfbäder) nehmen wollen, vormittags jedoch keine Zeit haben, können von jetzt ab jeden Dienstag und Freitag, abends von 1/8 Uhr an, haben.  
Dampf- u. Warmbad.

**Rheumatismus, Gicht, Nervenschmerzen**  
finden in kurzer Zeit leicht in veralteten Fällen. Einreibungen mit  
**Apotheker Paul Schmidts Tyroler Latschenkieferöl** a. Fl. 1.50 ZML.  
Erschätlich in allen Apotheken. Hauptdepot: Zum Apotheker.

**Volldampf-Waschmaschine**  
gebe Leistung außer Haus, ebenso meine amerik. Union-Waschmaschine von Gold.  
**Gustav Schwendler.**

**Albert Junge**,  
Gartenstr. 6,  
empfehl ich zur  
Einkaufung sowie Anfertigung von Silber-  
rähmen aller Art.

**Graziella.**  
Dieses Korsett verteidigt infolge seiner genialen Konstruktion eine wirklich  
**elegante Figur**  
es besitzt die bodenmoderne Haltung,  
**lange feine Taille,**  
**schlanke Leib und Hüften**  
und ist äußerst angenehm und bequem im Tragen.  
Man adpte auf die Marke **W C 57 988**  
Allein zu haben bei  
**Franz Lorenz,**  
Znh. Curt Eberhardt.

**Hohe Zeit**  
ist es für jede wirtschaftliche Hausfrau, anstelle der teuren Naturbutter einen Versuch mit der fast um die Hälfte billigeren.

**„Mohra-“**  
Margarine zu machen. MOHRA ersetzt beste Naturbutter vollwertig in jeder Verwendungsart.



**MOHRA im Karton ist überall käuflich.**

**17. Ziehung 5. Klasse 213. Königl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 27. November 1900, vormittags.  
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) **Nachdruck verboten.**

250 57 309 412 841 73 900 25 88 1125 233 422 85 (300) 584 751 95	800 (300) 922 45 61 2055 117 346 (500) 61 463 651 77 827 62 3046	119 220 75 315 94 531 40 894 4030 150 (500) 54 202 (1000) 664 5140	291 299 75 434 345 620 728 824 927 61 6535 185 261 522 923 (500) 10001	7147 207 442 86 543 92 622 31 772 905 8026 33 169 310 573 777 849	59 947 72 9355 72 635 (500)	10073 369 628 90 (5000) 739 964 11081 203 85 326 422 563 96	(3000) 643 905 89 12380 502 (1000) 88 925 13024 447 95 626 44 52	914 14485 503 47 (500) 809 946 15077 240 433 779 884 (1000) 912	16173 (3000) 376 285 85 (150 000) 512 751 888 919 17287 (500) 487	504 694 833 981 18049 174 (1000) 84 90 243 331 169 410 612 770 19362 70	20487 553 634 94 897 21068 125 51 229 62 (3000) 82 394 11 433	71 224 645 2220 129 228 894 22020 330 414 21 626 840 988 24094	(1000) 184 204 31 46 325 50 459 538 (3000) 649 (1000) 904 98 25033	70 659 772 (500) 834 927 (1000) 59 99 261014 9 245 (1000) 434 573 628	81 27018 423 824 96 729 878 945 68 37014 90 (500) 149 215 462 943	(500) 401 509 82 935 57 (500) 29136 386 482 620 700 (3000) 69 83 914	55 80 (500)
--	--	--	--	---	-----------------------------	---	--	---	---	---	---	--	--	---	---	--	-------------

97 834 988 126108 679 745 54 71 93 829 (3000) 127162 240 63 420	98 984 38 69 129802 139 301 39 402 31 53 533 929 89 705 571 (3000)	981 129019 67 120 257 430 689 937 45 65 (1000)	130068 123 48 95 432 77 576 (500) 131269 322 557 76 770 835	132126 703 56 913 90 133160 80 233 361 83 488 867 932 134118 28	67 239 411 670 794 579 135045 78 224 42 381 627 (500) 83 646 74	538 136008 (1000) 37 323 (500) 456 500 78 900 924 137016 966 218	38 (300) 83 314 826 688 75 849 54 138105 273 408 566 40 49 65	630 795 97 90 (500) 139895 434 80 618 704 927	667 740 84 887 142122 772 143438 753 66 144301 647 724 91 94	982 145146 67 70 414 683 708 881 (500) 146014 23 (1000) 29 322	(500) 45 589 92 629 713 54 (1000) 37 957 49 147084 220 42 58 322	90 537 62 639 75 37 425118 (1000) 679 37 425118 (1000) 824 78 923	149095 131 69 315 414 51 96 629 808	153023 484 313 42 301 (500) 674 838 331 60 (1000) 151301 191	332 439 523 (500) 651 (1000) 674 650 152081 122 313 65 409 606	845 903 55 (1000) 153049 154 69 408 83 85 614 51 67 77 329	858 92 153088 301 47 417 71 616 69 (500) 94 617 843 153088 83 (500)	93 138 221 43 767 804 (500) 9 (3000) 156004 324 25 425 (500) 573	(1000) 157044 189 212 362 564 613 (500) 707 191 215 69 89	889 472 1458094 111 266 440 314 659 914 59 159693 191 43 83 52	412 (500) 821
---	--	--	---	---	---	--	---	---	--	--	--	---	-------------------------------------	--	--	--	---	--	---	--	---------------



Deutsch-Südwestafrika.

Konnte General von Trotha in seiner letzten Meldung vom südafrikanischen Kriegsschauplatz den Tod Hendrik Witbooi melden, so enthält die erste Meldung des neu Gouverneurs von Lindequist ein nicht minder erfreuliches Resultat. Es war in Südwestafrika sehr schwer — hier in Deutschland natürlich völlig unmöglich — zu beurteilen, welche Folgen der Tod Hendrik Witboois auf die Hottentotten haben würde. Es hieß also einfach abwarten, ob sie nun nach dem Tode ihres Führers zur Uebergabe und Waffenstreckung geneigt seien. Das scheint nunmehr tatsächlich der Fall zu sein. Es wird nämlich berichtet: Berlin, 27. Nov. Nach telegraphischer Meldung des Gouverneurs von Lindequist haben sich Samuel Isaak Witbooi, seine Unterkapitäne mit 17 Großleuten und ihrem Anhang, sowie die Kapitäne der Beschützer, insgesamt 174 Mann und 44 Weiber in Herjeba freiwillig gestellt. Dabei sind 34 Gewehre abgeliefert worden. Ueber die Bedingungen der Uebergabe enthält die Meldung keine Angaben.

Nicht nur durch den Tod Hendrik dürften übrigens die Witboois entmutigt sein, sondern sie werden auch von unseren Truppen so sehr in die Enge getrieben sein, daß ihnen vielleicht auch sonst kein anderer Entschluß übrig blieb. Auffallend ist die geringe Zahl der abgelieferten Gewehre.

Neue Verlustliste. Telegramme aus Windhof melden: Reiter Xironemus Borzinski, geb. am 11. 2. 82 zu Birbaum, am 20. November d. J. auf Herberwache bei Weisabis leicht verwundet, Streifkorp auf rechten Oberschenkel. Reiter Friedrich Reinemann, geb. am 2. 10. 82 zu Linden, am 21. November d. J. im Feldlazarett 3 Kalfonten Süd an Typhus gestorben. Unteroffizier Wilhelm Schnelle, geb. am 24. 6. 78 zu Berna, am 17. November d. J. in Verscha an Herfschlag gestorben. Reiter Otto Stielke, geboren am 9. 5. 83 zu Hülshenwerder, am 24. November d. J. im Feldlazarett Nr. 15 Hafuar an Typhus gestorben.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Eine fünfstündige österreichische Ministerkonferenz, die am Sonnabend unter dem Vorsitze des Grafen Goluchowski stattfand, beriet über die Feststellung des gemeinsamen Vorschlages für das Jahr 1906. Nach der „N. Fr. Presse“ hat diese Konferenz nicht zu der von der Krieg- und Marineverwaltung angestrebten Festlegung weiterer Beträge auf Rechnung des im vorigen Jahre von den Delegationen bewilligten großen Militärkredits geführt. — Die Ministerkonferenz bezog auch über den Bau der nächsten Bahnverbindung Oesterreichs mit Dalmatien, welche über Dugiin durch das Unat in Bosnien nach Zara und Kien gehen soll.

Dänemark. Eine nach Finnland bestimmte Waffenfundung eines Kopenagener Waffenhändlers soll, wie Kopenagener Blätter melden, auf Anordnung der dänischen Regierung von der Polizei auf dem im Frischhafen liegenden Dampfer „Arcus“ beschlagnahmt worden sein.

Norwegen. Im weiteren Verlaufe der Einholungsfeier unternahm am Sonnabend abend 9 Uhr der König und die Königin eine Fahrt durch die prachtvoll illuminierte Stadt, wobei ihnen von der durch die Straßen wogenden Menschenmenge stürmische Huldigungen dargebracht wurden. Auch die Kriegsschiffe waren glänzend besuchet. Den Majestäten gingen eine große Anzahl von Glückwunschtelegrammen zu. Anlässlich des Geburtstages der Königin gaben am Sonntag die Festung und die Kriegsschiffe Salut ab, die fremden Admirale machten bei dem König und der Königin Glückwunschbesuche. Das Volk brachte den Majestäten stürmische Huldigungen dar, als sie sich nach der Erlöserkirche zum Gottesdienste begaben, dem auch die Mitglieder des Storting und der Regierung beiwohnten. Prinz Heinrich von Preußen hatte der Königin aus Anlaß ihres Geburtstages Sonntag mittag einen Besuch ab. — Zu Ehren des Königs und der Königin fand am Sonntag bei dem Staatsminister Michelsen und seiner Gemahlin ein Festmahl statt. In einem Trinkpruch sprach der Minister herzlich überzeitliche Glückwünsche zum Geburtstage der Königin aus und schloß mit einem Hoch auf den König und die Königin. Der König dankte und brachte ein Hoch auf Norwegen aus. Dann brachte Staatsminister Michelsen einen Teinstreich auf den Prinzen Heinrich von Preußen aus, in welchem er den Prinzen bat, seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm den besten, herzlichsten Dank des norwegischen Volkes für das große Wohl-

wollen und die Aufmerksamkeit, welche der Kaiser in diesen Tagen wieder Norwegens König und Volk erzeigt zu überbringen. Prinz Heinrich drückte in seiner Antwort seine Freude aus, bei den geschichtlichen Begebenheiten dieser Tage in dem Lande zugegen gewesen zu sein, für welches Kaiser Wilhelm so große Sympathie und so großes Interesse hege.

Niederlande. Die Kämpfe in den holländischen Kolonien nehmen kein Ende. Nach amtlicher Mitteilung wurde in Babon-bau auf der Insel Borneo ein Unterleutnant mit neun eingeborenen Soldaten von dem Häuptling der Demangdalem, der bisher als Freund der holländischen Regierung galt, überfallen und niedergemacht.

Spanien. Der spanische Ministerrat hielt am letzten Sonnabend wegen der Vorkommnisse in Barcelona eine Sitzung ab. Kriegsminister Weyler wurde beauftragt, den Behörden in Barcelona die entsprechenden Weisungen zu erteilen. Der Ministerpräsident hat dem König über die Vorkommnisse Vortrag gehalten. „Imparcial“ meldet, der Ministerpräsident habe die Notwendigkeit anerkannt, der separatistischen Bewegung in Katalonien ein Ende zu machen und die Ausbreitung vaterlandsfeindlicher Bestrebungen zu verhindern. Zu diesem Zwecke sollen die verfassungsmäßigen Bürgerchaften aufgehoben und in diese Aufhebung genehmigend der Gesetzentwurf im Parlament eingebracht werden. Die verantwortlichen Behörden in Barcelona sollen entlassen werden. Die der katalanischen Partei angehörigen Deputierten und Senatoren beschloßen, die Abtragung der Justizbehörden und die Erhebung der Garnison durch andere Truppen zu verlangen. — Das Blatt „Nou de Catalunya“ ist wegen Angriffes auf die Unverletzlichkeit des Vaterlandes beschlagnahmt worden. — Der Bürgermeister hat seine Entlassung gegeben.

Türkei. Die Flottendemonstration gegen die Türkei hat begonnen. Das internationale Geschwader ist am Sonntag vor Mytilene eingetroffen. Das Programm der Flottendemonstration ist nach offiziöser österreichischer Meldung folgendes: Um 8 Uhr früh Uebergabe eines Briefes an den Gouverneur von Mytilene durch fünf Offiziere, in welchem die Veranlassung und der Zweck der Demonstration mitgeteilt und erklärt wird, daß Handel und Verkehr ungestört bleiben. Dem Doyen des Konsularkorps von Mytilene wird entsprechende Mitteilung gemacht. Um 1 Uhr Landung der Truppen und Besetzung des Jollamis und des Telegraphenamtes, um welche drei Jonen gezogen werden: die erste wird von internationalen Truppen besetzt, die zweite bleibt vollkommen neutral, die dritte wird den türkischen Truppen überlassen. Polizeibeamte dürfen in allen drei Zonen verkehren. Der Doppelkreuzwechsel des Geschwaders geht über Athen und auch direkt nach Konstantinopel; bleiben auf letzterem Wege Telegramme der Kommandanten unbeantwortet, werden sie also in Konstantinopel nicht übermittelt, wird das Kabel durchschnitten. — Von einem Nachgeben des Sultans war übrigens entgegen früheren Meldungen bis zum Montag abend noch keine Rede. Am Sonntag sprach der Großwesir öffentlich zur Erlebigung einer unbedeutenden Angelegenheit auf der russischen Botschaft vor. In Abwesenheit des Postfaktors wurde er von einem Mitglied der Botschaft empfangen und äußerte sich diesem gegenüber gesprächsweise auch über die Angelegenheit der Finanzkontrolle und der Flottendemonstration. Er erklärte, daß trotz der Diskussion von Mytilene der Entschluß des Sultans unerschütterlich sei und bleiben werde. Der Großwesir fügte hinzu, die Demonstrationsflotte könne nach Belieben in den türkischen Gewässern verkehren und Inseln besetzen, der Sultan werde trotzdem fest bleiben. Ferid-Pascha schloß: „Da sie nun einmal die macedonischen Finanzen durch Fremde kontrollieren lassen wollen, so sind wir bereit, diese Kontrolle durch die Ottomanbank und die Dritte Publike zuzulassen, welche doch auch fremde Administratoren enthalten.“ Er erhielt jedoch zur Antwort: Der Beschluß der Großmächte laute dahin, daß die genannte Kontrolle durch speziell zu diesem Zweck berufene Delegierte auszuführen sei.

Deutschland.

Berlin, 28. Nov. Der Kaiser und die Kaiserin unternahm am Sonntag vormittag nach dem Gottesdienste eine Promenade in der Umgebung des Neuen Palais, ebenso nachmittags. Montag vormittag hörte der Kaiser die Vorträge des Staatsministers v. Pöhlbiel und des Chefs des Justizministeriums, Wirk. Geh. Rat Dr. v. Lucanus. — (Die Ernennung des Wirklichen Geheimrats Dr. v. Blitter), früheren Ober-

präsidenten der Provinz Posen, zum Präsidenten der Hauptverwaltung der Staatsschulden wird im „Reichsanz.“ amtlich bekannt gemacht.

(Zur Reichsfinanzreform.) Angeichts der ungeheuren Belastung, die den Arbeitern und den Gewerbetreibenden aus der Reichsfinanzreform des Herrn Stengel droht, hält es „jezt auch die Zentrumsypresse für ratsam, aus ihrer anfänglichen Reserve herauszutreten und der Vorlage eine energische Opposition entgegenzusetzen. Herr Müller-Fulda, die Autorität des Zentrums in Finanzfragen, wird also, da die „regierende“ Partei begehrlicher Weise ein Interesse daran hat, daß die Reichsfinanzreform auf irgend eine Weise zustande kommt, allen seinen Echarfen aufbieten müssen, um neue Steuerquellen ausfindig zu machen, die nicht die breiten Massen der Bevölkerung belasten, wie es bei der Steuervorlage des Herrn v. Stengel der Fall wäre. Danach würden nämlich vorwiegend auf die Arbeiter und die Gewerbetreibenden, also den größten Teil des ohnehin schon schwer um seine Erhaltung ringenden Mittelstandes unter Zugrundelegung der von der „Nord. Allg. Ztg.“ aus den neuen Steuern (Tabak, Bier, Fahrkarten, Duldung- und Frachtbriefsteuer) berechneten Einnahmen zusammen 169 Millionen Mark entfallen, auf die besitzenden Klassen jedoch nur die aus der Reichserbschaftsteuer und der Automobilsteuer sich ergebenden Einnahmen im Gesamtbetrag von 51 1/2 Millionen Mark, der sich durch die von den Vergnügungsreisenden zu entrichtende Verkehrssteuer vielleicht noch um einige wenige Millionen Mark erhöhen würde. Die breiten Massen sollen also mehr als das Dreifache der neuen Steuern wie die wohlhabendere Bevölkerung aufbringen. Und das nennt man im Norddeutschen Reich „Schutz der Schwachen“ und „Schutz des Mittelstandes“! Herr v. Stengel wird sich daran tun, sich bereiten mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß von seiner als „organisches Ganzes“ gedachten Vorlage nach Abschluß der Kommissionberatung wohl schwerlich viel übrig bleiben wird.

(Aus dem neuen Etat.) Für das Disziplinensatzgesetz ist nach der „Täglichen Rundsch.“ ein Betrag von etwa 8 Millionen für das Mannschafts-Versorgungsgesetz die Summe von rund 7 Millionen in Aussicht genommen. Der Wohnungsgeldzuschuß für Leutnants und Oberleutnants der Armee und Marine wird, nach besten Quellen, um annähernd 850 000 M. erhöht.

Provinz und Umgegend.

Halle, 27. Novbr. Die heute stattgehabten Wahlen von Beisitzern für das hiesige Gewerbegericht brachten viel Wahlberechtigte, namentlich aus Arbeiterkreisen, auf die Beine. Vorauszusetzen war, daß die Liste der sozialdemokratischen Kandidaten aus Arbeitnehmerschaft mit großer Majorität durchkam. Die Gewerkevereiner (G. V.) blieben mit ihrer Liste weit zurück. Es war auch nicht beachtlich, mit dem Sojz zu konkurrieren, man wollte nur sehen, wie viel Stimmen sich auf ihre Kandidaten vereinigen würden, der in 2 Jahren einzuführenden Proportionalwahlen wegen. Die von sozialdemokratischer Seite gemachten Anstrengungen, auch ihre Kandidaten aus Arbeiterkreisen durchzubringen, waren vergeblich, obwohl nicht verkehrt werden darf, daß sie hier eine ganze Anzahl Stimmen zusammenbrachten. Die Vereinfachung der bürgerlichen Wähler war lau.

Dresden, 28. Nov. Die Stadt Dresden, die Befürworter der beiden Straßenbahnen geworden ist, bereitet der Bürgerchaft dem Vernehmen nach eine recht unangenehme Ueberbahrung vor. Die Stadt beabsichtigt nämlich, den 10 Pfennig-Tarif auf längeren Strecken abzuschaffen.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 29. November 1905. Die Stadtverordneten-Stichwahl der dritten Wählerabteilung findet morgen, Donnerstag den 30. November, von 10 bis 2 Uhr statt. Es wählen die Wähler von Nr. 1 bis 1120 der Abteilungsliste im „Tivoli“, die Wähler von Nr. 1121 bis zur letzten Nr. der Abteilungsliste in der „Reichstrone“. Es kommen nur die zwei zur Stichwahl stehenden Kandidaten in Betracht. Der Kandidat der bürgerlichen Parteien ist Herr Schneidermeister Wigow, dem ein Sozialdemokrat gegenübersteht. Angeichts dieser Sachlage ist es dringend nötig, daß unsere Mitbürger morgen nochmals zahlreich und pünktlich in den Wahllokale erscheinen und ihre Stimmen für den obengenannten Kandidaten abgeben. Unsere Gegner, die Sozialdemokraten, haben in ihren Kreisen

mobil gemacht und werden voraussichtlich vollständig antreten. Nach ihrer Ansicht, die sie in Nr. 269 ihres Leitorgans, des Halle'schen „Volksblattes“, in der ihnen eigenen geschmackvollen Weise äußern.

„**muß es ein leichtes sein, die noch fehlenden Stimmen aufzuführen und dem ehrbaren Schneidermeisterlein zu einem gehörigen Durchfall zu verhelfen. Mindestens müssen wir ihm zeigen, daß das Pulver gegen Durchfall für ihn etwas tener geworden ist, er kann es ja bezahlen.**“

Die „Genossen“ setzen hiernach voraus, daß unsere Stadtverordneten-Mandate denen zufallen, die das meiste dafür aufzuwenden vermögen. Eine schamlosere Verdächtigung kann wohl kaum ausgesprochen werden! Wir konstatieren demgegenüber, daß der Kandidat der bürgerlichen Parteien der Wahlagitation völlig fernsteht und auch zu den Kösen derselben nicht herangezogen wird. Das ist, wie hier jeder halbwegs Unerrichtete weiß, Sache des Bürgervereins für städtische Interessen und der mit ihm verbündeten Vereine. Aber freilich, nach der Meinung der „Genossen“ steht überall der „Kapitalismus“ hinter ihren Gegnern und dem muß ein verstet werden. Mit der einen Verleumdung hat man sich aber im gegnerischen Lager nicht begnügt. In einem am letzten Sonntag in hiesigen Arbeiterkreisen verbreiteten Flugblatt heißt es:

„**Rügow als reicher Hausbesitzer und Wähler der zweiten Klasse kann niemals der richtige Vertreter der dritten Klasse sein, wenn er selbst wollte, was jedoch noch fast bezweifelt werden darf, sonst hätte er sich nicht hinter verschlossenen Türen von einigen Freunden und Gleichgesinnten als Kandidaten aufstellen lassen, sondern hätte seine Ansichten und Prinzipien den Wählern der dritten Klasse in aller Öffentlichkeit dargelegt.** Er kann höchstens zu denen gezählt werden, die sich überall und bei jeder passenden Gelegenheit als Vornum der arbeitenden Bevölkerung aufspielen ohne zu wissen und aus eigener Erfahrung zu kennen, wo die große Masse der Schüh drückt.“

So viel Worte, so viel Lügen! Herr Rügow ist nicht hinter verschlossenen Türen, sondern in einer von fünf Vereinen mit weit über tausend Mitgliedern einberufenen Versammlung, in der jeder anständige Mann Zutritt hatte, als Kandidat aufgestellt worden, ohne persönlich anwesend zu sein. Herr Rügow ist es auch nie eingfallen, sich als Vornum der arbeitenden Bevölkerung aufzuspielen! Tropfen glauben wir, daß er aus eigener Erfahrung weiß, wo das und jenen der Schüh drückt, denn auch unser Kandidat ist nicht als Meister vom Himmel gefallen, sondern er hat lernen und arbeiten müssen und er könnte vielleicht mandem „Genossen“ in seiner gemeinnützigen Tätigkeit, die er bis jetzt in engerem Kreise entfaltet, als leuchtendes Vorbild dienen. Aber weiter! Die Nr. 279 des „Volksblattes“ vom 29. d. M. enthält in einer Aufschrift aus Merseburg folgenden Passus: „Ein Mann wie Schneidermeister Rügow, der in den jetzigen Zeiten der Fleischnot und Brotteuerung den Arbeitern nichts weiteres zu bieten hat, als daß er seinen Namen unter einen Aufruf zur Sammlung für ein Bismarck-Denkmal in Merseburg hergibt und damit schwören geht, ist gewiß der allergeringste Vertreter der Arbeiter, soweit sie überhaupt noch ein fünfzehn Selbachtung und Manneswürde in sich tragen.“ Eine niedrigere Unterstellung, wie diese, ist wohl kaum denkbar. Aber es gehört zu der bekannnten Kampf-methode der Sozialdemokraten, überall und in jeder Weise Misstrauen gegen Andersdenkende zu säen in der „edlen“ Voraussetzung, daß bei ihren Anhängern selbst von den handgreiflichsten Unwahrheiten immer noch etwas hängen bleibt. Sie kennen ihre Leute und darum wird sich darauflos verleumbet; es findet sich ja nicht immer jemand, der das elende Gewäsch niedriger hängt. Diesmal haben wir uns dieser Mühe unterzogen und hoffen, daß die Art, wie der hiesige Obergenosse für den sozialdemokratischen Stadtverordneten-Kandidaten agitiert, auch dem Unbefangenen zeigt, mit wem man es zu tun hat. Darum sagen wir: **Weg mit allen Verleumdern!** Unser Herr Franz Rügow hat lediglich aus Pflichtgefühl gegen seine Mitbürger die Kandidatur angenommen, er wird das Mandat ausüben im Interesse der Allgemeinheit und nicht bloß einer Partei, wie wir dies von einem sozialdemokratischen Stadtverordneten zu erwarten haben. Darum wählt morgen

Herr Schneidermeister Rügow und überläßt den glänzenden Durchfall seinem sozialistischen Gegner.

Verhängen der Schaufenster an Sonntagen. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen teilte der Halberstädter Handelskammer mit, daß er eine neue, demnachst in den Amtsblättern zu veröffentlichende Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage erlassen habe. Diese habe die Zustimmung des Provinzialrats und der Ressortminister gefunden. Der Antrag der Halberstädter Handelskammer, das Verhängen der Schaufenster überhaupt abzuschaffen, ist nicht angenommen worden, soweit der Hauptgottesdienst am Vormittag in Betracht kommt. Dagegen wird das Offenhalten der Schaufenster am Nachmittage, auch während des Nachmittags-Gottesdienstes künftig erlaubt sein. Die neue Polizeiverordnung soll am 1. Januar 1906 in Kraft treten.

Auf das heute, Mittwoch, abend in der „Reichstrone“ stattfindende II. Winter-Abonnements-Konzert unseres Stadtorchesters machen wir hiernüt ganz besonders aufmerksam.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 27. November 1905. Die heute anberaumte Sitzung der Stadtverordneten eröffnete der Vorsteher Herr Justizrat Baeye und teilte mit, daß das Urteil der zweiten Instanz in der Streitfache Dietrich u. Gen. gegen die Stadtgemeinde zugunsten der Letzteren gefällt worden ist. Die Kosten fallen den Klägern zur Last. — Weiter wurden einige Beschlüsse des Magistrats befaßt gegeben und dann in die Tagesordnung eingetreten.

1. Die Einzahlung der Rechnung der gewerblichen Fortbildungsschule für 1904, die in Einnahme und Ausgabe mit 4140,17 Mk. balanciert, wird auf Antrag des Stadts. Stollberg, die des Bergerschen Stipendienfonds für das selbe Jahr in Höhe von 4427,66 Mk. auf Befürwortung durch den Stadts. Thiele ausgesprochen.

2. Anstellungsbedingungen für einen besoldeten Stadtrat. Referent Stadts. Richter. Infolge der Erledigung der Stelle des besoldeten Stadtrats mit dem 1. April n. J. schlägt die Wahlkommission die öffentliche Ausschreibung derselben in geeigneten Organen vor und zwar unter denselben Bedingungen, die bei der letzten Besetzung maßgebend waren. Das Anfangsgehalt beträgt 4000 Mk. und an Zulagen werden gewährt in Zeiträumen von je 3 Jahren je einmal 300 Mk. und einmal 400 Mk., Höchstgehalt demnach 5000 Mk. Die Vorschläge der Kommission wurden hierauf angenommen.

3. Besuch der Lehrer um Gehaltsaufbesserung. Referent Stadts. Heyne. Mit Rücksicht auf die unzureichenden Gehaltsverhältnisse der Lehrer in unserer Stadt, die einer Verbesserung dringend bedürfen, hat sich die gesamte Lehrerschaft in einem Gesuch an den Magistrat gewandt und um Aufbesserung der Gehälter resp. Alterszulagen und Wohnzuschüsse gebeten. Da zur Zeit bereits eine gemischte Kommission mit den Vorberatungen in dieser Angelegenheit beschäftigt ist, schlägt der Magistrat vor, dieser das Gesuch der städtischen Lehrerschaft zur Berücksichtigung zu überweisen. Referent befürwortet diesen Beschluß des Magistrats und spricht den Wunsch aus, daß sich die Kommission bei den diesbezüglichen Beratungen von einer hohen Wertschätzung für den hiesigen Lehrerstand leiten lassen und dementsprechende Beschlüsse fassen möge. Dem Antrag des Magistrats wird seitens der Versammlung zugestimmt.

4. Das Projekt G. W. Jul. Plande & Co. Referent Stadts. Günther. Durch das jüngst aufgetauchte Projekt der Eisenbahnunterführungen am Notenbrückenrain und an der Halle'schen Straße und die namentlich gegen ergebnante Unterführung erhobenen mannigfachen Einwendungen hat sich die in voriger Sitzung gewählte gemischte Kommission veranlaßt gesehen, die vorläufige Vertagung des Projekts der Firma zu beantragen. Da aber die letztere inzwischen nochmals ersucht hat, auf ihren Antrag einzugehen und nach den in heutiger Sitzung gemachten Mitteilungen des Referenten die Ausführung der Unterführung am Notenbrückenrain höchst unwahrscheinlich ist, beantragt Referent, daß die Kommission beauftragt wird, sich mit dem Projekt weiter zu beschäftigen und Anfang des nächsten Jahres mit Vorschlägen an die Stadtverordneten-Versammlung heranzutreten. Überbürgermeister Reinefarth ersucht, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen. Nachdem Stadts. Günther sich hiermit einverstanden erklärt und Stadts. Stollberg sich ebenfalls dafür ausgesprochen hatte, wurde der Antrag angenommen.

5. Kanalisierung der Gutenbergsstraße. Referent Stadts. Berger. Eine hiesige Baufirma ist an den Magistrat mit dem Ersuchen heranzutreten, infolge der ständig wachsenden Bauaktivität in der Gutenbergsstraße, deren Anschließung an das Kanalnetz möglichst bald veranlassen zu wollen. Nach den Berechnungen des Stadtbaumeisters sind für die Guten-

bergsstraße etwa 120 Meter und für die Teichstraße 32 Meter Rohre nötig; die Gesamtkosten würden sich auf 1500 Mk. stellen. Von der Kanalisationsdeputation wird das Projekt gutgeheißen und die Entnahme der Kosten aus dem vorjährigen Bestand der Kammereinnahme befristet. Dem wird zugestimmt.

6. Herstellung eines Waschklosets für die Neumarktstraße. Referent Stadts. Gaubig. Da die Herstellung eines solchen Klosets infolge der abgeänderten Reinigungsweise der Schuträume (früher wurden die Fußböden mit Del geflickt) sich bringend nötig macht, hat sich die Deputation mit dem Projekt, dessen Kosten auf 400 Mk. berechnet sind, einverstanden erklärt. Nachdem noch Stadts. Köps die Vorlage befristet hatte, erteilte die Versammlung ihre Genehmigung.

7. Aufstellung einer Laterne an der Kreuzung der Weissenfelsstraße und des Wegs nach dem Garnisonlazarett. Referent Stadts. Stolberg. Seitens der Antragsunterstützung ist erneut der Antrag auf Aufstellung dieser Laterne gestellt, da dieselbe bei Aufschüttung des Kasarettens am Abend nötig sei. Der Magistrat hat hierauf beschloffen, die Laternen unter der Bedingung aufzustellen, daß die Militärverwaltung die Kosten trägt. Die Stadtverordneten stimmen dem zu.

8. Ausgabezugang bei den Bureauentwässern. Referent Stadts. Beyer. Die Anschaffung von 12 neuen Handrücken macht sich infolge Abnutzung der in Gebrauch befindlichen notwendig. Da Material hierfür nicht mehr zur Verfügung stehen, müssen die Kosten in Höhe von etwa 12 Mk. besonders bewilligt werden. Dies geschieht.

9. Beihilfe für den Runderverein. Auf Antrag des Referenten Stadts. Kunde wird die alljährlich gewährte Beihilfe von 100 Mk. aus den Ueberflüssen der städtischen Sparkasse wiederbewilligt.

10. Gestattung eines Schuppens in den langen Scheunen. Referent Stadts. Lange. Dem Antragsteller Defonon Rohle wird nach Befürwortung durch die Deputation gegen eine jährliche Anerkennungsgeld von 2 Mk. und unter der Bedingung jederzeitigen Widerrufs der Bau gestattet.

11. Aufgabe eines Verkaufsrchts. Referent Stadts. Frauenheim. Dem Ersuchen der Firma Thiele u. Franke, das Verkaufsrcht an dem Grundstück gr. Ritterstr. 18 aufzugeben, wird entsprochen, da die Stadt kein Interesse daran hat und die Deputation sich einverstanden erklärt.

In geheimer Sitzung werden die Magistratsvorlagen betr. Anstellung zweier Kommunalbeamten und der Eintritt eines neuen Wächters in den Pachvertrag über den Schmelzplatz angenommen.

### Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

g. Burgliebenau, 27. Nov. Die Frostarbeiten haben in den königlichen Wäldungen mit dem Fällen von Nussbäumchen, Eichen, Eichen, Nüßlern, in vergangener Woche begonnen, da das Hochwasser zuvor die Arbeiten hinderte. Der Schlag befindet sich im Jagden 49 und ist hinter unterm Drie nach dem neuen Wege hin gelegen. Mächtige Baumriesen fallen auch diesmal wieder unter den Ärtischen. — Das Elektrizitätsprojekt sieht jetzt im Vordergrund der Unterhaltungen. Stoff hierzu geben mit die in der angrenzenden Lochauer Feldmark unternommenen Bohrungen nach Braunkohle. Durch etwa 25 Bohrlöcher sollen die tieferen Erdschichten näher untersucht werden, jetzt sind zwei in Arbeit. Wenn auch die Resultate geheim gehalten werden, wie dies nicht anders zu erwarten ist, so steht doch fest, daß in beiden Fällen das Kohlenflöz angebohrt worden ist. Dem Vernehmen nach soll eine neue Braunkohlengrube in's Leben gerufen werden und die Anlage mit dem Bahnpfosten in nächster Beziehung stehen; sicher ist, daß bedeutende Braunkohlenlager hier aufgeschlossen werden können. Der Grundstückswert wird dann auch hier eine Preissteigerung erfahren, wie dies jenseits Merseburg der Fall ist, wo in der Oberbaumter Feldmark und in den angrenzenden durch ein Berliner Consortium zu einer Braunkohlengrubenanlage bedeutende Feldaufkäufe stattgefunden haben und pro Morgen 3000 Mk. bezahlt worden sind; sonst kostet der Morgen gut Bodenlage bis 1000 Mk.

g. Rappitz, 27. Nov. Den Helventod in Deutsch-Südböhmen ist nach dem Bericht bei Zerusalem am 7. Oktober der Gefreite Otto Göhre; in Gröbzig geboren, war derselbe längere Zeit im benachbarten Lochau als Tischlergehilfe tätig und hatte sich durch seinen bieder und braven Charakter viele Freunde erworben. Die bekümmerten Eltern wohnen in Gröbzig, wo der Vater Siebenmeister in der Zuckerrfabrik ist.

### Wetterwarte.

Vorausichtiges Wetter am 29. Novbr.: Windig, wechselnd bewölkt, Niederschläge. Temperatur etwas sinkend. — 30. Novbr.: Abwechselnd heiter und wolfig, windig, etwas kälter, Schnees oder Graupelschauer.





# Korrespondent.

**Bezugspreis** vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., 1,20 Mk. durch den Postboten ins Haus 1,28 Mk. Einjahrsabonnement 5 Mk. Erscheint wöchentlich 6 mal donnerstags bis 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
4seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 färbiger Modebeilage.  
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile oder deren Raum 8 Mk., für die zweite 10 Mk., für die dritte 12 Mk., für die vierte 15 Mk. für mehr als 10 Zeilen 25 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Inserate werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annoncenstellen entgegengenommen. **Wachdruck** unserer Originalbeilagen nur mit Zusendung gelteht. Für unentgeltliche Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 280.

Mittwoch den 29. November.

1905.

## Der Deutsche Städtetag und die Fleischnot.

Der Deutsche Städtetag ist am Montag vormittag 10 Uhr in Berlin zusammengetreten. Die Versammlung stellt die Vertretung sämtlicher deutschen Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern dar; es sind 152 Gemeinden mit etwa 13 600 000 Einwohnern.

Die Tagesordnung war folgende: 1. Konstituierung des Deutschen Städtetages auf Grund des vom Vorstand vorgelegten Satzungsentwurfs; 2. Bildung des Bureaus; 3. Auslegung der §§ 2, 4 und 5 der Satzungen hinsichtlich der Gemeindeverbände; 4. Wahl der Stadt, in der die Zentralstelle des Städtetages errichtet wird; 5. Die Fleischversorgung der deutschen Städte und die Schädigung ihrer Bevölkerung durch die gegenwärtige Fleischsteuerung. Referenten: a) Oberbürgermeister Körte-Königsberg, b) Senator des Handelskammer, Reichstagsabgeordneter und Stadverordneter Dove-Berlin, c) Reichskundiger Magistratsrat Dr. Beth-Minden; 6. Wahl des Vorstandes und Hauptauschusses.

Kurz nach 10 Uhr eröffnete der Oberbürgermeister von Berlin Kirchner die Versammlung. Er führte in der Eröffnungsansprache aus: Der Deutsche Städtetag tritt als ständige Einrichtung heute zum ersten Male zusammen. Wir begrüßen die Vertreter der Städte aus allen Bundesstaaten und aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes. Es ist das ein Beweis dafür, daß der Geist der Einheit in den deutschen Städten stark ist und gepflegt wird. Ein neues Band umschließt nunmehr die deutschen Städte. In das Gock auf den Kaiser stimme die Versammlung stehend ein.

Oberbürgermeister Kirchner teilte dann mit, daß von den Städten mit 25 000 Einwohnern 44 den Beitritt erklärt, von 3 Städten steht die Erklärung noch aus und von nur drei Städten ist eine Abgabe erfolgt. Außerdem haben 7 Städteverbände ihren Beitritt erklärt. Alle diese Aussagen sind erfolgt auf Grund der vom Vorstand angenommenen Statuten. Damit ist der Städtetag als ständige Einrichtung konstituiert. (Bravo!)

Es folgte die Konstituierung des Bureaus. Der Vorstand schlägt vor, außer Oberbürgermeister Kirchner als bisherigen Vorsitzenden zur Leitung der Verhandlungen zu berufen die Herren Oberbürgermeister Barth-Strasburg, Erzelen-Beutler, Dreden, v. Schulz-Nürnberg und Gauß-Suttgart. (Zustimmung.) Das Schriftführeramt hat Herr Stadtrat Namslau-Berlin übernommen.

Hierauf beschäftigte sich der Städtetag sofort mit der Frage der Fleischsteuerung. Die Vorträge, die von den Referenten unterbreitet wurden, haben folgenden Wortlaut:

„1. Es besteht zur Zeit in Deutschland eine ganz außerordentliche Höhe der Fleischpreise, insbesondere der Schweinefleischpreise, an deren allseitiger Verteuerung alle Stufen des Volkes, insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung der Städte, ein dringendes Interesse haben. 2. Die Ursache solcher Verteuerungen ist darin zu erblicken, daß die inländische Viehproduktion dem starken Wachstum der Bevölkerung gegenüber, nicht stetig imstande ist, den inländischen Bedarf an Fleischversorgung zu decken, insbesondere nicht nach den esoterischen, gemäß sich miederbalenden Merkmalen in Futtermitteln. Die Behauptung, daß der Zwischenhandel die Veranlassung für die derzeitige Fleischsteuerung abgibt, kann als unzulässig nicht anerkannt werden. 3. Zur Deckung des einheimischen Fleischbedarfs ist deshalb der Rückgriff auf die Vieh- und Fleischbestände des Auslandes unter voller Wahrung des Seandensgesetzes für die einheimischen Viehbestände geboten. Die bestehenden Einfuhrverbote und Erschwernissen berechneten zum Teil das durch die Versteigerung im veterinären und landwirtschaftlichen Interesse vorgelegene Maß und führen dazu, die Einfuhr, auch wo sie zugefallen ist, unwirksam zu machen. 4. Von den vorgelegenen Möglichkeiten kann die unmittelbarste Befreiung der Bevölkerung mit Fleisch durch die städtischen Verwaltungen als geeignetes Mittel zur wirksamen bauernden Beseitigung der Fleischsteuerung nicht angesehen werden. 5. Dagegen erachtet der Deutsche Städtetag als geeignetes Mittel gegen die Fleischsteuerung die möglichst ungehinderte Einfuhr lebenden Viehes aus den Ausländern — unter voller Wahrung aller veterinärpolizeilich notwendigen Schutzmaßnahmen — zur Abfederung in öffentlichen Schlachthäusern. Die Einfuhr abgeschlachteten Viehes aus dem Auslande unter Beseitigung aller sanitär nicht unbedingten gebotenen Schutzmaßnahmen

und möglichen, die Einfuhr ausländischen Rindfleischs und sonstiger Fleischwaren. Die Ermäßigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel in Zeiten bestehender Futtermittelnot. 6. Der Deutsche Städtetag erklärt, daß die Behandlung der Fleischsteuerungsfrage durch die maßgebenden Anstalten des Reiches und einzelner Bundesstaaten die berechtigten Interessen der städtischen Bevölkerung schwer schädigt.“

Die Referenten über die Fleischsteuerungsfrage waren der Senator des Berliner Handelskammer, Abg. Dove, Oberbürgermeister Körte-Königsberg und Magistratsrat Beth-Minden.

Zunächst nahm Senator Dove das Wort, um die obigen Leitsätze zu begründen. Er hob hervor, daß die Angelegenheit durchaus nicht lediglich eine Frage der Produktion sei, sondern auch die wichtigsten Konsumtionsinteressen berühre und insonderheit die industrielle Produktion beeinflusse, da eine Unterernährung der in der Industrie beschäftigten Bevölkerungsschichten auch zur Herabsetzung der Leistung in der Gütererzeugung und gleichzeitig zu Lohn-erhöhungen führe, welche die Produktion verteuerten. Das falle um so schwerer ins Gewicht, da die Industrialisierung Deutschlands in den letzten Jahren weitere Fortschritte gemacht habe. Der Städtetag, der aus allen Teilen Deutschlands besetzt sei, sei hervorragend geeignet, ein zureichendes Bild der materiellen Lage zu geben. Die amtlichen Erhebungen dürften nicht die einzige Erkenntnisquelle bilden, zumal da vom preussischen Landwirtschaftsminister, dem diese Erhebungen obliegen, wiederholt Prognoseurteilungen über das baldige Ende des Viehstandes ausgesprochen seien, die sich als falsch erweisen hätten. Allgemein anerkannt sei die sich seit einer großen Reihe von Jahren fast ununterbrochen vollziehende Steigerung sämtlicher Viehpreise und anderer Nahrungsmittel. Die Vorwürfe, die gegen den Zwischenhandel erhoben worden seien, hätten sich trotz sorgfältiger Nachforschung bis jetzt noch nie beweisen lassen, ebenso wie die Behauptung von den Ringbildungen der Händler. Gerade die Fleischer und Händler litten unter der derzeitigen Teuerung im Lande. Auch das eine Verteuerung durch die Schlachtgebühren usw. stattfindet, sei unrichtig, diese „Verteuerung“ betrage durchschnittlich nur einen Pfennig auf 4 Pfund. Weiter erörterte Abg. Dove das Verhältnis zwischen Zunahme des Schlachtviehes und Bevölkerung. Die Schweineproduktion habe sich um 2,2 Proz., die Bevölkerung um 5 Proz. vermehrt. Der Referent zeigt weiterhin in der Hand der beherrschenden Versteigerung, das selbst in ihr die Seuchenfreiheit Deutschlands und die Viehreichheit Deutschlands keineswegs vorgelegt sei. Alle man dazu das Verbot der Einfuhr von Rindfleisch usw., so könne man sich dem Grund nicht entziehen, daß andere Gesichtspunkte für die Schließung der Grenzen maßgebend sind, als die sanitären, daß man aus anderen Gründen das Viehl nicht öffnen will, durch das allein eine Besserung zustehen könne. Der Redner berührte dann auch die Frage der angeblich hohen Auslandspreise und schloß mit der Bitte um einstimmige Annahme der vorgelegten Leitsätze. Auf einem Städtetag war es, wo einst Mar v. Forckenbeck die Städte aufrief gegen die Verteuerungspolitik. In seinem Sinne müssen wir hier erklären, daß, wenn wir die Interessen der städtischen Bevölkerung wahrnehmen, wir gleichzeitig die des ganzen Landes vertreten. Wenn wir auch im Augenblicke — infolge der Wahlkreis-einteilung wie aus anderen Gründen — wenig Aussicht auf Sieg haben; wir werden den Kampf fortsetzen, bis unseren gerechten Interessen Gerechtigkeit widerfährt. Einigkeit macht stark. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Sodann sprach als zweiter Referent in gleichem Sinne Oberbürgermeister Körte-Königsberg i. Pr. über die Fleischversorgung der deutschen Städte und die Schädigung ihrer Bevölkerung durch die gegenwärtige Fleischsteuerung. Zum Schlusse beklagte Redner die verfehlte Haltung der Regierung; gegen deren Politik müsse die städtische Bevölkerung energig Protest erheben. Unter förmlichem Beifall erklärte er: „Wir verlangen keine Politik und zu Liebe,

müssen uns aber wehren gegen eine Politik und zu Liebe.“

Der dritte Referent Magistratsrat Dr. Beth-Nürnberg schilderte eingehend die süddeutschen Verhältnisse und deren Rückwirkung auf Norddeutschland. Händler und Schlächter seien an der Fleischnot nicht schuld; sie könnten auch für einen Notfall, der bereits seit Monaten andauert, veranlässiger Weise nicht verantwortlich gemacht werden. So verfielen die Verhältnisse im Reich seien bezüglich der Vermittlung des Vieheinfuhrs, der Organisation der Schlächter, Schlachthöfe usw., so übereinstimmend sei die gleiche Not im ganzen Lande. Das erbringe den deutlichen Beweis dafür, daß das Uebel nicht an den Zwischenstellen zu suchen sei, sondern an der Wurzel der Fleischversorgung, nämlich in der ungenügenden Viehproduktion. Zur Verminderung an Schlachtvieh durch die landwirtschaftlichen Gefährdungen tritt noch die erhöhte Nachfrage infolge besserer Lebenshaltung der Bevölkerung hinzu.

„Gern mag anerkannt werden, daß die deutsche Landwirtschaft nach aber nach wenn sie Da wir so müssen ihre Heiligt für die, die über Interessen Alterung ist aber jeder neuen Reaktionen mehr inhalten der

Absehnung. Die angelegte ist dem sein Man müsse Die Kon Auslande nicht der Kirchner die Viehe (Zustimmung.) aus seinen Revolutionen die Berech-

zu sein. (Wortwechsel auf den Geldbeutel, sondern auch auf die Gesundheit des Volkes zu achten. Es handle sich hier darum, gegen unsere groß angelegte Handelsvertragspolitik, gegen dieses mühevoll Wert eine Breche zu legen. (Stimmliche Unterbrechungen.) Was würde man dazu sagen, wenn die Landgemeinden und Gutsbesitzer mit den Kandidaten an der Spitze einen Reichsverband zum Kampfe für ihre agrarisch-konserverativen Interessen gründeten! (Zuruf: Haben sie schon längst! Schluchze.) Die Städte hätten doch nicht die dieselben Interessen; sie leben doch nicht eine unerschöpfliche Wandkammermaße. Man hat aber einmal den Stadtverwaltungen die Fittchen in der Hand, daß Städteverbände und freiwirtschaftliche Parteien zusammenfinden, sich gleichsam in einem goldenen Schritt treffen. Die Fittchen sind zerstückt werden, wie manche andere Legebe. (Lebhafte Schluchze.) Ich trete für alle Mittel ein, die die Viehproduktion im Lande befähigen können, wie Verdrängung der Eisenbahntarife und Abregung des Ausfuhrzolls durch die Städte, eine Abregung, die das möglichste und notwendige Fleischhandwerk gar nicht schädigen kann. Die Ausfuhr, Amerika und England müssen wir ein wirtschaftliches Einheitsgebiet werden, indem wir die Grenzen weiter ziehen. Die Fleischnot wird den Gedanken einer mitteleuropäischen Zollunion fördern. Nach außen begrenzt, nach innen unbegrenzt.“ (Zustimmung) auf den mau sich berufe, habe dem Vaterland gegenüber eine derartig negierende Stellung eingenommen, daß kein Anhänger des monarchischen Systems eine Gemeinschaft mit ihm haben sollte. (Stimmliche Gelächter.) Der Redner schloß unter ironischen Worten: Lassen Sie sich nicht mißbrauchen zu Schwärmen einzelner kapitalistischer Interessen. Stadterverordneter und Landtagsabgeordneter Justizrat Gassel-Berlin: Ich war nicht darauf gefaßt, hier solche Ausführungen wie die des Vorredners zu hören. Um so stärker empfinde ich die Notwendigkeit, ihm entgegenzutreten. Ich anerkenne seine Offenheit, aber die Art, wie er Gegnern, die das gleiche Recht haben, auf dem Städtetag ihre Ansichten zu vertreten wie er,

